

## ARBEITSMÄRKTE IN MITTEL- UND OSTEUROPA

*Die Arbeitsmärkte der mittel- und osteuropäischen EU-Beitrittskandidaten sind von den Anpassungslasten des Transformationsprozesses gekennzeichnet. Vergleichsweise geringe Arbeitsmarktprobleme finden sich in Slowenien und mit Einschränkungen in der Tschechischen Republik und Ungarn. Als kritisch muss die Arbeitsmarktlage in Polen und Bulgarien eingestuft werden. Die Erwerbstätigkeit hat zwar offensichtlich ihren Tiefpunkt weitgehend durchschritten, aber die Arbeitslosigkeit bleibt hoch. Das Bildungsniveau der Arbeitskräfte in den Beitrittsländern ist mit dem der bisherigen Europäischen Union vergleichbar, gleichwohl sind die Humankapitalverluste durch Langzeit- und Jugendarbeitslosigkeit beträchtlich. Dies kann sich durch Emigration weiter verschärfen, vor allem wenn junge und gut ausgebildete Arbeitskräfte abwandern. Die institutionelle Ausgestaltung der sozialen Sicherung ist derzeit nicht überall dazu geeignet, diesen Problemen entgegenzuwirken.*

*iw-trends*

Im Mai 2004 werden zehn Länder der Europäischen Union (EU) beitreten. Der EU-Arbeitsmarkt wird damit um über 28 Millionen Erwerbstätige oder um fast 17 Prozent wachsen. Dies wird auch Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte der bisherigen EU-Länder haben – in erster Linie durch Migration. Diese hängen wesentlich davon ab, welche Bedingungen die mittel- und osteuropäischen Arbeitnehmer auf ihren heimischen Arbeitsmärkten vorfinden. Im folgenden Beitrag erfolgt eine Bestandsaufnahme zur Erwerbstätigkeit und Arbeitslosigkeit in den EU-Beitrittsländern (ohne Malta und Zypern) sowie in Bulgarien und Rumänien. Abschließend wird ein Blick auf die Ausgestaltung der Arbeitslosenversicherung geworfen.

Die Arbeitsmärkte der mittel- und osteuropäischen Länder waren vor Beginn der Transformation von den Charakteristika der Zentralverwaltungswirtschaft gekennzeichnet. Es herrschte insofern Vollbeschäftigung, als jeder Erwerbsfähige die Pflicht hatte, zu arbeiten. Die Löhne waren wie andere

*Ausgangslage*

Faktor- und Konsumgüterpreise zentral fixiert, und das Lohngefälle war stark nivelliert. Outputmengen und die erforderlichen Faktormengen waren zentral vorgegeben. Somit konnten sich weder die Arbeitnehmer noch die Unternehmen an Knappheitssignalen orientieren (Radić, 2001, 242 f.). Da nicht Rentabilität, sondern das Erreichen von Produktionszielen für die Unternehmen im Vordergrund stand, kam es zu einer exzessiven Faktornachfrage („labour hoarding“). Für die erste Transformationsphase konnte somit erwartet werden, dass die Reallokation von Arbeit durch den temporären Rückgang der ökonomischen Aktivitäten und den beschleunigten Strukturwandel vorrangig über Arbeitslosigkeit stattfinden würde (Boeri, 2001, 5).

Tabelle 1

## Erwerbstätigkeit

- Beitrittsländer<sup>1)</sup>, Bulgarien, Rumänien und EU-15 -

	Erwerbstätige im Jahr 2002						
	Anzahl		Landwirtschaft	Industrie	Dienstleistungen	Erwerbsquote <sup>2)</sup>	Erwerbstätigenquote <sup>3)</sup>
	in Millionen	1995=100	Anteil in Prozent <sup>4)</sup>			in Prozent	
Bulgarien	2,985	91	26,7	27,6	45,7	62,5	50,6
Estland	0,584	92	6,8	31,2	62,0	68,3	62,0
Lettland	0,986 <sup>5)</sup>	94 <sup>5)</sup>	15,3	24,4	60,3	69,8	60,4
Litauen	1,427 <sup>5)</sup>	87 <sup>5)</sup>	17,1	27,2	55,7	69,8	59,9
Polen	13,782	93	19,4	28,6	52,0	64,9	51,5
Rumänien	7,745	82	35,1	30,7	34,3	64,2	57,6
Slowakische R.	2,123	99	6,4	33,8	59,8	69,5	56,8
Slowenien	0,883	101	9,5	38,2	52,3	68,5	63,4
Tschechische R.	4,796	97	4,8	39,5	55,7	70,6	65,5
Ungarn	3,855	106	6,2	34,1	59,7	59,9	56,6
EU-15	170,339	109	4,0	25,0	71,0	69,8	64,3

1) Ohne Malta und Zypern. 2) Anteil der Erwerbspersonen (Erwerbstätige und Arbeitslose) an der erwerbsfähigen Bevölkerung. 3) Anteil der Erwerbstätigen an der erwerbsfähigen Bevölkerung. 4) Anteil an den Erwerbstätigen insgesamt. 5) Eigene Berechnungen.

Quelle: Europäische Kommission; Eurostat; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



### Erwerbstätigkeit

Während der frühen Transformationsphase sank die Erwerbstätigkeit in den hier betrachteten Ländern drastisch. In der ersten Hälfte der neunziger Jahre wurden Rückgänge in Höhe von 10 bis 24 Prozent bei den Erwerbstätigen verzeichnet. Erst Mitte der neunziger Jahre konnten sich die Arbeitsmärkte stabilisieren (Nesporova, 1999, 4 ff.). Seitdem divergiert die Entwicklung in den einzelnen Ländern (Tabelle 1). Allein Ungarn konnte im Zeitraum 1995

bis 2002 mit einem Beschäftigungsaufbau von rund 6 Prozent einen Zuwachs aufweisen, der dem in der EU entspricht. Dabei ist hier jedoch der überdurchschnittlich starke Rückgang in den frühen neunziger Jahren zu berücksichtigen. Insofern ist eher von einem Aufholprozess in Ungarn als von einem Voranschreiten auszugehen. Die Tschechische und Slowakische Republik sowie Slowenien konnten ihre Beschäftigung in etwa halten. In Lettland, Estland, Polen, Bulgarien und vor allem in Litauen und Rumänien fand zuletzt ein deutlicher Abbau von Erwerbstätigkeit statt.

Der Beschäftigungsrückgang muss im Zusammenhang mit der künstlich hohen Erwerbstätigkeit der Zentralverwaltungswirtschaft gesehen werden. Mit dem Wegfall der Verpflichtung zur Erwerbsarbeit war damit zu rechnen, dass die Erwerbstätigkeit allein schon aufgrund eines Rückgangs des Arbeitsangebots sinken würde. Die Niveaus der Erwerbstätigenquoten zeigen allerdings, dass der Entwicklung der Erwerbstätigkeit nicht ausschließlich ein Konvergenzprozess bei der individuellen Arbeitsangebotsentscheidung zugrunde liegt. Die Slowakische Republik, Rumänien und Ungarn sowie vor allem Polen und Bulgarien hatten im Jahr 2002 bereits deutlich niedrigere Erwerbstätigenquoten als die bisherigen EU-Mitglieder im Durchschnitt.

Dass der zuletzt beobachtbare Rückgang in einigen Ländern eher von der Nachfrageseite ausging, zeigt die Entwicklung der Erwerbsquoten. Diese lagen im Jahr 2002 in der Slowakischen und Tschechischen Republik, im Baltikum und in Slowenien auf dem Niveau des EU-Durchschnitts. Nur in Polen, Bulgarien, Rumänien und Ungarn waren sie deutlich niedriger. Zudem haben sich seit 1998 die Erwerbsquoten trotz sinkender Erwerbstätigkeit nur wenig geändert. Das Arbeitsangebot blieb weitgehend konstant. Der Übergang von Erwerbstätigkeit in Nichterwerbstätigkeit aufgrund mangelnder Erfolgsaussichten, keiner oder zu geringer sozialer Absicherung bei Arbeitslosigkeit ist somit ein Aspekt, der sich anhand dieser Daten für die jüngere Vergangenheit nicht einwandfrei bestätigen lässt, in der Anfangsphase der Transformation aber eine erhebliche Rolle gespielt haben dürfte (Boeri, 2001, 15). Der zuletzt beobachtbare Rückgang der Erwerbstätigkeit war eng mit dem Anstieg der Arbeitslosigkeit verknüpft.

Die Reallokation von Arbeit im Transformationsprozess hat neben der Verlagerung vom staatlichen zum privaten Sektor einen bedeutenden sektoralen

*Beschäftigungsstruktur*

Hintergrund. Die Zentralverwaltungswirtschaften waren durch einen hohen Anteil des Produzierenden Gewerbes an der gesamten Erwerbstätigkeit gekennzeichnet, was ein Ausdruck der vergleichsweise geringen Arbeitsproduktivität in diesem Sektor war. Dies gilt auch für die Landwirtschaft. Diese Verzerrungen bestehen in den meisten Beitrittsländern noch immer (Tabelle 1): In Lettland, Litauen und Polen waren im Jahr 2002 zwischen 15 und 20 Prozent der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft beschäftigt, in Bulgarien sogar 26,7 Prozent. In Rumänien war die Landwirtschaft mit 35,1 Prozent der größte Sektor. In allen ost- und mitteleuropäischen Beitrittsländern lag der Anteil der Industrie an der Erwerbstätigkeit deutlich über dem EU-Wert von 25 Prozent. Selbst in Deutschland, wo die Tertiarisierung vergleichsweise wenig fortgeschritten war, betrug der Anteil nur 27,8 Prozent. Das nach wie vor geringe Gewicht des Dienstleistungssektors in den Beitrittsländern deutet darauf hin, dass der Reallokationsprozess nicht als abgeschlossen bezeichnet werden kann (Vincentz/Knogler, 2003, 31 ff.). Kommt es im Zuge des EU-Beitritts zu einer Beschleunigung des Strukturwandels, kann dies zu einer beträchtlichen Freisetzung von Arbeitskräften führen, deren spezifisches Humankapital mit den Qualifikationsanforderungen der expandierenden Sektoren – nach den Erfahrungen des Strukturwandels in der EU die unternehmensorientierten Dienstleistungen – nicht kompatibel ist. Es besteht somit die Gefahr, dass die noch anstehende Reallokation die Arbeitslosigkeit erhöht.

Trotz der im Vergleich zu den EU-Ländern geringen Arbeitsproduktivität gelten die Erwerbstätigen in den mittel- und osteuropäischen Ländern formal als gut ausgebildet (Plünnecke/Werner, 2004). Der Anteil der Beschäftigten, die mindestens einen Bildungsabschluss der oberen Sekundarstufe haben, ist durchweg deutlich höher als in der EU. Allerdings ist der Anteil der Beschäftigten mit tertiärer Ausbildung (Studium, Meister- und Technikerschule) in den Beitrittsländern im Durchschnitt geringer als in den meisten EU-Ländern, wobei die universitäre Bildung gegenüber der in der EU kaum zurücksteht (Lemaîtres, 2003).

#### *Arbeitslosigkeit*

Beim Niveau der Arbeitslosigkeit teilen sich die Beitrittsländer derzeit in zwei Kategorien (Tabelle 2): Die Tschechische Republik, Ungarn, Rumänien und Slowenien haben Arbeitslosenquoten, die mit dem EU-Durchschnitt von 8 Prozent vergleichbar sind, während die übrigen Länder

eine teils deutlich höhere Arbeitslosigkeit aufweisen, besonders Polen und die Slowakische Republik. Eine graduell sinkende Arbeitslosigkeit hatten seit 1998 lediglich Ungarn, Lettland und Slowenien. Eine umgekehrte Entwicklung zeigte sich in der Slowakischen Republik und in Polen. Hier stieg die Arbeitslosigkeit im Zeitverlauf an, wobei das Niveau in Polen außerordentlich hoch war. Die niedrige Arbeitslosigkeit in der Tschechischen Republik zog das Interesse arbeitsmarktökonomischer Forschung auf sich, da ähnliche institutionelle Voraussetzungen wie in der Slowakischen Republik vorlagen, die Arbeitslosigkeit dort aber ungleich höher war. Eine genauere Betrachtung zeigt, dass in der Tschechischen Republik die Zuflüsse in Arbeitslosigkeit ähnlich hoch waren, aber auch höhere Abgänge aus Arbeitslosigkeit beobachtet werden konnten. Mikroökonomische Studien führen dies in erster Linie auf bessere Nachfragebedingungen und in zweiter Linie auf das abweichende Verhalten der Arbeitsanbieter und der arbeitsmarktrelevanten Institutionen zurück (Svejnar, 1999, 2839 ff.). Eine von Schwankungen begleitete, im Ergebnis aber weitgehend konstante Arbeitslosenquote wiesen Estland, Litauen und Rumänien auf.

Tabelle 2

### Arbeitslosigkeit

- Beitrittsländer<sup>1)</sup>, Bulgarien, Rumänien und EU-15; in Prozent -

	Arbeitslosenquote				Jugendarbeitslosigkeit <sup>2)</sup>	Langzeitarbeitslosigkeit <sup>3)</sup>
	1998	2000	2002	2003	2003	2002
Bulgarien	-	16,4	17,8	13,6	35,6	11,9
Estland	9,2	12,5	9,1	10,1	22,9	4,8
Lettland	14,3	13,7	12,8	10,5	17,6	5,8
Litauen	11,8	15,7	13,1	12,7	27,2	7,0
Polen	10,2	16,4	19,9	19,2	41,1	10,9
Rumänien	5,4	6,8	7,5	6,6	22,2	3,8
Slowakische R.	12,6	18,7	18,6	17,1	32,9	12,1
Slowenien	7,4	6,6	6,0	6,5	15,9	3,3
Tschechische R.	6,4	8,7	7,3	7,8	18,1	3,7
Ungarn	8,4	6,3	5,6	5,8	13,1	2,4
EU-15	9,4	7,8	7,7	8,0	15,6	3,0

1) Ohne Malta und Zypern. 2) Erwerbspersonen, die länger als ein Jahr arbeitslos sind, in Prozent aller Erwerbspersonen.

3) Arbeitslose im Alter von 15 bis 24 Jahren in Prozent der erwerbsfähigen Bevölkerung der gleichen Altersgruppe.

Quelle: Europäische Kommission; Eurostat; OECD; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



*Problemgruppen*

Jugendliche sind in den Beitrittsländern am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Personen im Alter von 15 bis 24 Jahren weisen in Polen, der Slowakischen Republik, Bulgarien und Litauen sowie in geringerem Maße in Estland und Rumänien im Vergleich zur EU (15,6 Prozent) hohe Werte auf. Jugendarbeitslosigkeit ist ein Risikofaktor für zukünftiges Wachstum und Beschäftigung, da zu einem frühen Zeitpunkt in der Erwerbsbiografie formale Qualifikationen erodieren. Unterdurchschnittlich ist dagegen in allen Beitrittsländern die Arbeitslosenquote der älteren Arbeitnehmer. So betrug die Arbeitslosenquote der 55- bis 64-Jährigen in Polen im Jahr 2001 nur 8,1 Prozent, während die durchschnittliche Arbeitslosigkeit bei rund 20 Prozent lag (Eurostat, 2003, 49 ff.). Teilweise wurde aber die niedrige Arbeitslosigkeit Älterer durch eine geringe Erwerbsbeteiligung erreicht. In der Slowakischen Republik, Ungarn, Slowenien und Polen belief sich die Erwerbstätigenquote der 55- bis 64-Jährigen auf nur 22,4 bis 28,4 Prozent. In der Tschechischen Republik und in Lettland lag sie auf dem Niveau des EU-Durchschnitts von 38,6 Prozent, und nur in Litauen und Estland war sie deutlich darüber.

Personen mit geringen Qualifikationen sind am stärksten von Arbeitslosigkeit betroffen. Die Arbeitslosenquoten von Personen ohne einen Bildungsabschluss der Sekundarstufe II sind in allen Ländern weit höher als die von Personen mit höherer Bildung. Sie war im Jahr 2002 in der Slowakischen Republik (35,8 Prozent), Polen (24,8 Prozent) und der Tschechischen Republik (20,1 Prozent) am höchsten. Die geringsten Werte – auch im Vergleich zum EU-Durchschnitt (10,6 Prozent) – wiesen Ungarn (8,3 Prozent) und Slowenien (8,4 Prozent) auf. Demgegenüber waren die Arbeitslosenquoten von Hochqualifizierten auch in den Beitrittsländern gering. In Ungarn, der Tschechischen Republik und Slowenien war die Quote sogar geringer als in der EU (4,3 Prozent). In den anderen Beitrittsländern waren die Werte nicht deutlich höher – mit Ausnahme Polens und der baltischen Staaten.

Polen, Bulgarien und die Slowakische Republik ragen bei der Langzeitarbeitslosigkeit heraus. Die Länder mit hoher Arbeitslosigkeit haben also auch Persistenzprobleme. Lange individuelle Phasen der Arbeitslosigkeit sind Folge des Strukturwandels, da Arbeitskräfte, die durch technischen Fortschritt und eine veränderte Nachfragestruktur nicht mehr nachgefragt werden, Humankapital verlieren. Sie müssen sich entweder neue Fertigkeiten

aneignen oder eine Arbeit aufnehmen, die nur geringe Qualifikationen erfordert. Der Anreiz, solch eine niedrig entlohnte Arbeit aufzunehmen, hängt stark von der Ausgestaltung der sozialen Sicherungssysteme ab.

Übersicht

## Arbeitslosenversicherung

- Beitrittsländer<sup>1)</sup>, Bulgarien und Rumänien; Stand: 1. Januar 2002 -

	Erforderliche Vorbeschäftigungsdauer	Lohnersatzrate <sup>2)</sup>	Bezugsdauer	Sonderregelungen für ältere Arbeitslose
Bulgarien	9 Monate	60 Prozent	4 bis 12 Monate	Keine
Estland	12 Monate	50 Prozent für 100 Tage, danach 40 Prozent	6 bis 12 Monate	Verlängerte Bezugsdauer bis Rentenalter (max. 6 Monate)
Lettland	12 Monate	50 bis 65 Prozent je nach Vorbeschäftigungsdauer	9 Monate	Keine
Litauen	24 Monate	38 bis 71 Euro je nach Dauer der Vorbeschäftigung und Arbeitslosigkeit	6 Monate	Verlängerte Bezugsdauer bis Rentenalter (max. 2 Jahre)
Polen	12 Monate	106 bis 159 Euro je nach Vorbeschäftigungsdauer	6 bis 18 Monate	Frührente (ab 50 Jahren)
Rumänien	6 Monate	50 bis 60 Prozent je nach Vorbeschäftigungsdauer	9 Monate	Frührente (max. 5 Jahre) für langjährig Versicherte
Slowakische R.	24 Monate	50 Prozent für 3 Monate, danach 45 Prozent	6 bis 9 Monate	Keine
Slowenien	12 Monate	70 Prozent für 3 Monate, danach 60 Prozent	3 bis 24 Monate	Verlängerte Bezugsdauer
Tschechische R.	12 Monate	50 Prozent für 1. bis 3. Monat; 40 Prozent für 4. bis 6. Monat	6 Monate	Keine
Ungarn	200 Arbeitstage	65 Prozent	Max. 9 Monate	Frührente (max. 5 Jahre)

1) Ohne Malta und Zypern. 2) Lohnersatzleistung in Prozent des letzten Lohnes.  
Quelle: Europäische Kommission; Institut der deutschen Wirtschaft Köln.



Die sprunghaft steigende Arbeitslosigkeit in der Phase des Umbruchs zu Beginn der neunziger Jahre rückte die soziale Absicherung durch die Arbeitslosenversicherung in den Mittelpunkt. Sie erschien notwendig, um die Akzeptanz des Reformprozesses zu gewährleisten. Im weiteren Verlauf der Transformation zeigte sich aber, dass die hohen Kosten eine Konsolidierung erforderlich machten (Schüttpelz, 2003, 37; Cazes/Nesporova, 2003). Dar-

*Arbeitslosen-  
versicherung*

über hinaus ist zu berücksichtigen, dass eine großzügige Absicherung negative Arbeitsanreize auslösen kann. Ein von der Erwerbsarbeit unabhängiges Einkommen wirkt erhöhend auf den Anspruchslohn und kann – je nach Ausgestaltung – besonders Grenzanbieter aus dem Arbeitsmarkt hinausdrängen (Schäfer, 2003).

Die Gegenüberstellung von Arbeitsmarktperformance und sozialen Sicherungssystemen kann dies teilweise aufzeigen. So ist die soziale Absicherung Arbeitsloser in Polen vergleichsweise großzügig (Übersicht). Es bestehen weitgehende Frühverrentungsmöglichkeiten – allerdings ist die Regelaltersgrenze für die Rente mit 65 Jahren (Männer) und 60 Jahren (Frauen) auch die höchste der Beitrittsländer. Die vom zuletzt erzielten Lohn unabhängige Höhe des Lohnersatzes kann wie ein Mindestlohn wirken und zur Arbeitslosigkeit gering Qualifizierter führen (Knogler, 2002, 42). In der Tschechischen Republik dagegen geht die vergleichsweise niedrige Arbeitslosigkeit mit einer eher schwachen Absicherung Arbeitsloser einher. Es gibt nur eingeschränkte Möglichkeiten zur Frühverrentung. Das gesetzliche Rentenzugangsalter ist mit 53 bis 60 Jahren niedrig, soll aber bis 2006 auf 57 bis 62 Jahre angehoben werden. In Ungarn und Slowenien ist die Arbeitslosigkeit eher niedrig, aber die soziale Absicherung hoch. Ungarn macht indes ausgiebigen Gebrauch von Frühverrentungsprogrammen mit dem dezidierten Ziel, die Arbeitslosigkeit zu senken. In der Slowakischen Republik und den baltischen Staaten liegt die Absicherung auf niedrigem Niveau, gleichwohl ist die Arbeitslosigkeit hoch.

Neben dem Niveau der staatlichen Transfers für Arbeitslose ist der finanzielle Anreiz ausschlaggebend, der mit der Aufnahme einer Arbeit verbunden ist. Die Grenzbelastung bei der Aufnahme einer Arbeit ist hoch, da Transferleistungen entfallen. In Deutschland ist diese hohe Grenzbelastung ein wesentlicher Faktor für die hohe Arbeitslosigkeit Geringqualifizierter: Einem Niedriglohnempfänger gehen 88,4 Prozent seines Erwerbseinkommens durch höhere Steuer- und Sozialbeitragsbelastung sowie den Wegfall von Transferleistungen verloren. In den USA sind es nur 71,5 Prozent. Die mitteleuropäischen Beitrittsländer weisen durchweg günstigere Werte auf als Deutschland. In der Tschechischen Republik liegt die Grenzbelastung mit 65,5 Prozent auf dem niedrigsten Wert aller OECD-Länder. Dies kann als ein Erklärungsfaktor der relativ guten Arbeitsmarktperformance angesehen



werden. In Ungarn ist die Grenzbelastung mit 70,6 Prozent ebenfalls auf einem niedrigen Niveau. In den von hoher Arbeitslosigkeit gekennzeichneten Ländern (Polen und die Slowakische Republik) sind die Arbeitsanreize bei einer Grenzbelastung von rund 75 Prozent deutlich geringer.

Auswirkungen auf die Arbeitsmärkte ergeben sich durch den EU-Beitritt der mittel- und osteuropäischen Länder vorrangig aus einer Erhöhung der Faktormobilität. Risiken in diesen Ländern ergeben sich aus der Emigration hochqualifizierter Arbeitskräfte in Regionen mit höherem Lohnniveau („brain drain“). Der Anreiz zur Emigration entsteht durch Arbeitslosigkeit und durch ein höheres Lohnniveau in den Einwanderungsländern. Insofern ist es wenig verwunderlich, dass die generelle Migrationsneigung in Polen und den baltischen Ländern am höchsten, in der Tschechischen Republik, Ungarn und Slowenien dagegen am niedrigsten ist (Krieger, 2004). Die Folgen der Emigration sind ambivalent. Einerseits kann die Arbeitslosigkeit sinken, andererseits kann das Wachstum durch fehlendes Humankapital beeinträchtigt werden (Wolburg, 2001). Untersuchungen zeigen, dass 60 Prozent derjenigen, die eine generelle Neigung zur Auswanderung aus den mittel- und osteuropäischen Ländern bekunden, jünger als 25 Jahre sind. Weitere 30 Prozent sind jünger als 40 Jahre. Knapp 50 Prozent der Migrationswilligen sind Studenten, weitere 18,5 Prozent haben bereits eine tertiäre Ausbildung (Krieger, 2004). Der typische potenzielle Emigrant aus den Beitrittsländern ist somit eher jung und gut ausgebildet. Ein „brain drain“ kann sich allerdings als erhebliches Hindernis erweisen, wenn die Beitrittsländer zum Produktivitätsniveau der EU-15 aufschließen wollen.

*Ausblick*

April 2004

Holger Schäfer

---

Literatur:

Boeri, Tito, 2001, Transition with Labour Supply, IZA Discussion Paper, Nr. 257, Bonn.

Cazes, Sandrine / Nesporova, Alena, 2003, Labour Markets in Transition: Balancing Flexibility and Security in Central and Eastern Europe, Genf.

Europäische Kommission, 2001, Employment in Europe 2001, Luxemburg.

Eurostat (Hrsg.), 2003, Beschäftigung und Arbeitsmarkt in den Ländern Mitteleuropas, Luxemburg.

- Knogler, Michael, 2002, Arbeitsmarktpolitische Herausforderungen in den Ländern der EU-Beitrittskandidaten, Osteuropa-Institut München, Working Paper, Nr. 235, München.
- Krieger, Hubert, 2004, Migration Trends in an Enlarged Europe, Manuskript, Dublin.
- Lemaîtres, Georges, 2003, Assessing Transition Developments Using Labour Force Surveys, in: Eurostat (Hrsg.), 20<sup>th</sup> CEIES seminar „Labour statistics – towards enlargement“, Luxemburg, S. 37-45.
- Nesporova, Alena, 1999, Employment and Labour Market Policies in Transition Economies, Genf.
- OECD (Hrsg.), 2002, OECD Economic Surveys: Poland, Volume 2002, Issue 12, Paris.
- Plünnecke, Axel / Werner, Dirk, 2004, Das Humankapital der EU-Beitrittskandidaten, in: iw-trends, 31. Jg., Heft 1, S. 27-32.
- Radić, Dubravko, 2001, Arbeitsmärkte in Transformationsländern: Empirische Einblicke und Erklärungen, in: Osteuropa – Wirtschaft, 3, S. 239-258.
- Schäfer, Holger, 2003, Reform der Arbeitslosenversicherung, Köln.
- Schüttpelz, Anne, 2003, Die Arbeitsmärkte in den EU-Beitrittsländern, in: WSI-Mitteilungen, 1, S. 33-39.
- Svejnar, Jan, 1999, Labor Markets in the Transitional Central and East European Countries, in: Ashenfelter, Orley / Card, David, Handbook of Labor Economics, Vol. 3b, Amsterdam u. a., S. 2809-2857.
- Vincentz, Volkhart / Knogler, Michael, 2003, Szenarien der mittelfristigen Konvergenz der EU-Beitrittsländer Polen, Slowakische Republik und Ungarn, Osteuropa-Institut München, Working Paper, Nr. 244, München.
- Wolburg, Martin, 2001, On Brain Drain, Brain Gain and Brain Exchange within Europe, Baden-Baden.

\*\*\*

## **Labour Markets in Central and Eastern Europe**

*iw-focus*

While the labour supply structure in the Central and Eastern European accession countries shows no particular impediments, the labour markets still suffer from the transition process. Employment seems to have bottomed out but unemployment remains high. Losses in human capital due to long-term and youth unemployment are already considerable. In the future, the human capital stock could further deteriorate if young and qualified workers migrate to other countries.

DOI: 10.2373/1864-810X.04-01-07